

# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Zum Denken und Fühlen ..

Es ist loblich vom Europäischen Parlament, verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus zu fordern (s.unten). Allerdings kann ich mich nicht erinnern, irgend eine Stellungnahme eines französischen oder deutschen MEP gelesen oder gehört zu haben, als ARTE und WDR eine Dokumentation über Antisemitismus in Europa nicht sendeten, weil dort unter anderem auch der Antisemitismus von Muslimen angesprochen wird. Die unterschiedliche Behandlung von Atheisten, Christen und Muslimen in dieser und anderen Fragen spaltet, statt zu integrieren. Wir müssen lernen, dass wir Schwierigkeiten des Zusammenlebens dramatisch vergrößern, wenn wir sie langfristig ignorieren.

Der unübertreffliche Sinn für die wahre Gerechtigkeit in Europa zeigt sich auch im Willen der Kommission, die Mobilität ihrer Bürgerinnen und Bürger in saubere und sozial gerechte Bahnen zu lenken (s.unten). Für mich persönlich sind das Vorstellungen der totalen Unfreiheit, George Orwell lässt grüßen. Warum protestiert hier niemand? Kein Zweifel, die Kommission kommuniziert all ihre Absichten offen und transparent. Um so schlimmer, dass es offenbar keine Opposition oder Kontrolle gibt.

Und hier noch ein Kommentar des DIHK zur Energieeffizienzrichtlinie der Europäischen Kommission:

"Die Europäische Kommission hat mit ihrem Energie-Winterpaket eine Novelle ihrer

Energieeffizienzpolitik angestoßen. Einige der neuen Regelungen bergen erhebliche Risiken für die Wirtschaft. Hierzu gehört die in die Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden aufgenommene Verpflichtung, in größeren neuen und renovierten Nichtwohngebäuden ab 2025 jeden zehnten Parkplatz mit Ladesäulen für Elektroautos auszustatten. In Wohngebäuden müsste eine Vorverkabelung vorhanden sein, die es erlaubt, an jedem Parkplatz eine solche Ladesäule einzurichten.

Der DIHK ist der Auffassung, dass dieser Vorschlag durch den verursachten signifikanten Anstieg der Baukosten zu nicht vertretbaren Mehrbelastungen für die Wirtschaft führen würde. Allein in Deutschland würden sich die zusätzlichen Investitionskosten nach unseren Schätzungen auf 244 Millionen Euro jährlich belaufen. Fehlinvestitionen in Ladepunkte, die nicht benötigt werden, sind wahrscheinlich. Der DIHK empfiehlt einen marktgetriebenen Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Darüber hinaus sollte generell nicht einseitig auf die Elektromobilität gesetzt werden, um damit anderen alternativen Antrieben gleiche Wettbewerbsbedingungen zu bieten. Letzteres wird heute bereits in der EU-Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe angestrebt. Diese verpflichtet die EU-Staaten, beispielsweise auch die Verwendung von Wasserstoff, Biokraftstoffen und Erdgas im Transportsektor zu fördern."



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Europäischer Rat

### Strategie für Industriepolitik

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat verabschiedete auf seiner Sitzung am 29.05.2017 Schlussfolgerungen zum Thema „Eine künftige Strategie für die Industriepolitik der EU“. In den Schlussfolgerungen wird die wesentliche Rolle der Industrie als wichtiger Treiber für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa und ihren Beitrag zum Wohlstand der EU unterstrichen. Sie unterstreichen, dass die Attraktivität der europäischen industriellen Ökosysteme unbedingt gestärkt werden müssen, damit mehr Investitionen getätigt werden. Zudem betonen sie die Bedeutung der Förderung einer wettbewerbsfähigen, zukunftsorientierten und innovativen industriellen Basis in Europa und erkennen an, dass ein ganzheitlicher industrieller Ansatz, der auf integrierten Wertschöpfungsketten, Inter-Clustering-Verbindungen und -Aktivitäten basiert, mit besonderem Schwerpunkt auf KMU, „Start-ups, Scale-ups und Mid-Caps“ entscheidend ist. Dieser Ansatz solle, wenn nötig, sektorale Initiativen für Sektoren einbeziehen, die sich dem wirtschaftlichen Wandel und den hohen Wachstumspotenzialen stellen. Das zu erstellende Konzept sollte u.a. Humankapital, Forschung, Entwicklung und Innovation, digitale Transformation, die effiziente und robust unlaute Geschäftspraktiken, nachhaltige und erschwingliche Energiequellen, Ressourceneffizienz, Servitization (Dienstleistungsorientierung) der Industrie und bessere Rechtsetzung umfassen. Zudem wird eine

weitere Straffung der Rechtsvorschriften und die Beseitigung unnötiger, diskriminierender oder unverhältnismäßiger regulatorischer Barrieren gefordert, um das Funktionieren des Binnenmarktes zu verbessern und ein wachstumsfreundliches Regulierungsumfeld für die Industrie zu fördern. Die Kommission wird aufgefordert rechtzeitig vor dem Europäischen Rat im Frühjahr 2018 eine ganzheitliche Strategie für die künftige Industriepolitik der EU vorzulegen. <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/05/29-compet-conclusions-future-industrial-policy-strategy/>

### Europäische Verteidigungszusammenarbeit

Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen, in denen insbesondere eine Stärkung der EU-Strukturen und eine tiefere Kooperation im Verteidigungsbereich behandelt wird. Sie setzen die Arbeiten des Rates in diesem Bereich fort. Die Minister konkretisierten die Ausgestaltung des „EU-Hauptquartiers“ (Military Planning and Conduct Capability - MPCC; dieses soll in Kürze gestartet werden) und der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO). Zudem sollen die EU-Battlegroups weiterentwickelt werden.

Zusammenarbeit mit der NATO: Zusammen mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg wurde die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO erörtert. Fortschritte seien insbesondere in den Bereichen Abwehr hybrider Bedrohungen, Informationsaustausch und maritime Einsätze zu erkennen. Der Rat unterstrich, dass im Bereich Cybersi



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

cherheit noch Kooperationspotential liege. Im Juni soll ein gemeinsamer Fortschrittsbericht vorgelegt werden. : [http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2017/05/st09396\\_en17\\_pdf/](http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2017/05/st09396_en17_pdf/)

## Europäische Kommission

### Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Kommission legte am 18.05.2017 einen gemeinsamen Bericht über die Umsetzung und die Fortschritte der Europäischen Nachbarschaftspolitik vor. Als Reaktion auf die schwierigen politischen Entwicklungen in ihrer geografischen Umgebung hat die EU 2015 ihre Nachbarschaftspolitik überprüft, um den neuen Herausforderungen einer sich verändernden Nachbarschaft Rechnung zu tragen. Die Überprüfung hatte daraufhin ein neu ausgerichtetes Konzept zum Ergebnis, welches auf den Grundsätzen Differenzierung, Flexibilität und Eigenverantwortung beruht. Das übergreifende Ziel soll die Stabilisierung und die Aussöhnung in den Nachbarländern sein. Im Rahmen der überprüften Europäischen Nachbarschaftspolitik wurden umfangreiche Mittel für die Unterstützung von Reformen in den vier Schlüsselbereichen gute Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte; wirtschaftliche Entwicklung als Mittel zur Stabilisierung; Sicherheit und Migration und Mobilität mobilisiert. Mit Unterstützung der EU haben einige Partnerländer wichtige Maßnahmen ergriffen, um Reformen und Programme in den Bereichen voranzubringen. Durch das

neue Politikkonzept wird eine stärkere gemeinsame Verantwortung und größere Flexibilität gewährleistet, indem die unterschiedlichen Bestrebungen und Besonderheiten der einzelnen Partner besser berücksichtigt werden.

[https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/2\\_en\\_act\\_part1\\_v9\\_3.pdf](https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/2_en_act_part1_v9_3.pdf)

### Strategie für "sozial gerechte" Mobilität in Europa

Die Kommission verabschiedete am 31.05.2017 in Form einer Mitteilung ihre Strategie für die Zukunft des Straßenverkehrs in Europa. Es geht der Kommission darum, die Zukunft der Mobilität auf Europas Straßen bei wachsendem Verkehrsaufkommen sauber in einem sozial-gerechten Rahmen und wettbewerbsgerecht zu gestalten. Hierfür möchte die Kommission nachhaltige und vernetzte Mobilität fördern, den CO2-Anteil des Verkehrs reduzieren, die Verkehrssicherheit erhöhen und verbesserte Regeln für die Berufskraftfahrer und gemeinsame Regeln für die Erhebung von Straßenmaut in den MS einführen. Die Mitteilung ist als sogenannter Rahmen für die insgesamt acht Legislativvorschläge der Kommission gedacht, die diese zu diesem Thema noch vorlegen wird.

<https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/com20170283-europe-on-the-move.pdf>



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Kommission will für Europäisches Solidaritätskorps rd. 200 Mio. " aus Erasmus + umschichten

Am 30.05.2017 hat die Kommission den Verordnungsvorschlag zum Europäischen Solidaritätskorps vorgelegt. Das Solidaritätskorps soll 18- bis 30-Jährigen die Möglichkeit bieten, sich in Freiwilligen- oder Beschäftigungsprojekten in der gesamten EU zu engagieren. Zur Finanzierung sind für den Zeitraum vom 01.01.2018 . 31.12.2020 341,5 Mio. " vorgesehen. Zwei Drittel des Finanzbedarfs sollen aus bestehenden Programmen finanziert werden. Davon sollen 197,7 Mio. " aus dem Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport sErasmus+%genommen werden. Als weitere Beiträge sollen 35 Mio. " aus dem Europäischen Sozialfonds, 6 Mio. " aus dem Zivilschutzmechanismus der EU, 4,5 Mio. " aus dem LIFEProgramm, 1,8 Mio. " aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und 10 Mio. " aus dem Programm für Beschäftigung und soziale Innovation fließen. Zur Deckung des Restes des Gesamtbetrags (86,5 Mio. ") sollen der Gesamtspielraum für Mittel für Verpflichtungen im Jahr 2018 und die verfügbaren nicht zugewiesenen Margen in den Jahren 2019 und 2020 in Anspruch genommen werden.

[http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CONSIL:ST\\_9845\\_2017\\_INIT&qid=1496314641546&from=DE](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CONSIL:ST_9845_2017_INIT&qid=1496314641546&from=DE)

## **Europäisches Parlament**

### EP fordert verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus

Der jüngste Anstieg von Antisemitismus in der EU erfordert verstärkte Maßnahmen, so die MdEP in einer Entschließung, die am 01.06.2017 mehrheitlich angenommen wurde. Hassreden und Gewalt gegen Europas jüdische Bürger sind unvereinbar mit den Werten der EU. Also müssen alle Mitgliedstaaten (MS) Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit ihrer jüdischen Bürger zu gewährleisten, so die MdEP. Sie fordern führende nationale Politiker auf, antisemitischen Aussagen systematisch und öffentlich entgegenzutreten, und drängen die MS dazu, einen nationalen Koordinator zur Bekämpfung von Antisemitismus zu ernennen. Rassistische Motive sollten als erschwerender Umstand bei Straftaten behandelt werden. Antisemitische Handlungen im Internet sollten ebenfalls verfolgt werden, so der Text der Entschließung. Die MdEP fordern eine gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung, insbesondere im Fall von terroristischen Handlungen. Polizeibehörden sollten spezielle Einheiten für die Bekämpfung von Hassverbrechen einrichten. Um die Strafverfolgung effizienter und wirksamer zu machen, sollten alle MS die Definition der IHRA (Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken) für sAntisemitismus%übernehmen. Online-Vermittler wie Suchmaschinen, soziale Medien und App-Plattformen sollten verstärkte Maßnahmen ergreifen, um antisemitische Hassreden zu bekämpfen, so



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

die MdEP. Der Holocaust sollte in Schulen unterrichtet werden. Geschichtsbücher sollen eine zutreffende Beschreibung jüdischer Geschichte und jüdischen Lebens geben und alle Formen von Antisemitismus vermeiden, fügen sie hinzu.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0243+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Währungspolitische Dialog mit EZB-Präsident Draghi

Im ECON-Ausschuss fand am 29.05.2017 der zweite währungspolitische Dialog in diesem Jahr mit dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi statt. In seinem Eingangsstatement zeichnete dieser ein vorsichtig optimistisches Bild der europäischen Wirtschaftsentwicklung und betonte, dass der Aufschwung immer solider werde und immer mehr Branchen und Länder umfasse. Gleichwohl sehe er aber noch keine Notwendigkeit für eine Abkehr von der aktuellen Geldpolitik der Zentralbank. Auch wenn im Juni neue Zahlen zur aktuellen Entwicklung vorlägen, so Draghi weiter, sei er fest davon überzeugt, dass ein außergewöhnliches Maß an geldpolitischer Unterstützung, einschließlich der Forward Guidance immer noch nötig sei, um das Inflationsziel von knapp unter 2% zu erreichen. Basierend auf den jüngsten Zahlen der EZB zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EUR-Zone machte Draghi deutlich, dass der gegenwärtige Zuwachs der Kreditvergabe an Unternehmen mit einem Wert von 2,4% so groß wie seit sechs Jahren nicht mehr sei.

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/en/committees/video?event=20170529-1500-COMMITTEE-ECON>

## **Aus dem Kuriositätenkabinett**

### Drei

Gerade einmal drei Subsidiaritätsrügen hat der Deutsche Bundestag nach Brüssel geschickt. zu immerhin 441 seit 1. Dezember 2009 vorgelegten EU-Gesetzesvorhaben. Das hat jetzt ein Bericht von Parlamentspräsident Lammert enthüllt. Dabei beschwert sich das deutsche Parlament immer wieder über Eigenmächtigkeiten aus Brüssel und Eingriffe in nationale Angelegenheiten. Zum Vergleich: Der schwedische Riksdag legte 50 Mal Einspruch ein. Allerdings hat der Bundestag zwischenzeitlich eine vierte Subsidiaritätsrüge zu Teilen des EU-Dienstleistungspakets beschlossen.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

**Auswahl und Redaktion:**



**Dagmar Weiner**

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und  
OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg  
E-Mail: [d.weiner@fdp-kreis-of.de](mailto:d.weiner@fdp-kreis-of.de)

*Ausgabe 08/2017, 14. Juni 2017*

